

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Anne Wegmüller, JA!) vom 28. Februar 2008: Erarbeitung eines Gewaltpräventionsprojektes für die Stadt Bern (08.000105)

In der Stadtratsitzung vom 29. Januar 2009 (SRB 036) wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Unsere Gesellschaft ist nicht gewaltfrei – und sie ist es nie gewesen. Jugendliche stehen immer mehr pauschal unter Verdacht, obwohl die Gewaltbereitschaft bei den Erwachsenen grösser ist, als bei den Jugendlichen. Jugendgewalt ist medial sowie politisch ein Thema.

Dass Jugendliche straffällig werden, hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen wie z.B. Familiensituation, Häusliche Gewalt, Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung, keine Lehrstelle, keine Arbeit, Anerkennung in der Gruppe, Internet und Computerspiele. Dort ist Gewalt bis hin zum Mord allgegenwärtig.

Im Kanton Neuenburg beschloss das Parlament 1999 dreizehn Präventionsmassnahmen gegen die Jugendgewalt. Das hat gewirkt; seit 2001 ist in Neuenburg der Anteil Minderjähriger an den Tatverdächtigen von 24 auf 15 Prozent gesunken.

Das Berner Kantonsparlament hat Ende November ein Massnahmenkonzept gegen Jugendgewalt in Auftrag gegeben. Es soll auf den Säulen Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression aufbauen.

Die Stadt Bern hat kein wirkliches Gewaltpräventionskonzept. Was es gibt, ist eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema Gewalt, welche sich regelmässig trifft.

Wir sind der Meinung, dass mit einem gut konzipierten und koordinierten Gewaltpräventionskonzept, mehr erreicht werden kann als bis jetzt. Deshalb wird der Gemeinderat dazu aufgefordert, die Erstellung eines umfassenden Gewaltpräventionskonzepts zu überprüfen. Dabei sollten folgende Punkte nach Möglichkeit berücksichtigt werden:

1. Eine städtische und interdisziplinäre Arbeitsgruppe (Schulsozialarbeit, Schulamt, Jugendamt, TOJ, DOK, ISA, Polizei usw.) einzusetzen, welche ein Konzept zur Gewaltprävention in der Stadt erarbeitet. Folgende Bereiche müssen berücksichtigt werden: Familienbasierende Prävention, schulische Prävention, Prävention im Freizeitbereich sowie Prävention in der Nachbarschaft. Nebst der Präventionsarbeit müssen Früherkennungsmassnahmen ergriffen werden, welche die interdisziplinäre Arbeitsgruppe für alle erwähnten Bereiche erarbeitet. Dabei ist es wichtig, konkrete Leitfäden zu erstellen, um den Früherkennungsablauf sowie das Ergreifen der Massnahmen und Interventionen zu systematisieren.
2. Familienbasierende Prävention muss folgende Punkte beinhalten:
Die Förderung von elterlichen Erziehungskompetenzen in allen Lebensphasen und Elternbildung (mit Einbezug der Mütter- und Väterberatung, Elternvereine, HSK-Verein (Heimatsprach- und Kulturunterricht usw.).
3. Schulische Prävention sollte folgende Punkte berücksichtigen:
 - Eine frühe Förderung der kognitiven und sozialen Entwicklung von Kindern – im 3. bis 5. Altersjahr – aus benachteiligten Verhältnissen (z.B. durch Zugang zu Kindertagesstätten)

- Programme zur Förderung kognitiver und sozialer Kompetenzen, welche das Einüben solcher Kompetenzen im schulischen Alltag einschliessen (z.B. durch Zugang zu Tagesschulen)
 - Themen wie Mobbing, Alkohol, Drogen, sexuelle Gewalt/Belästigung müssen zielgruppengerecht und regelmässig (Kindergarten, 3., 5., 7. und ev. 9. Klasse) thematisiert und behandelt werden
 - Schulsozialarbeiterinnen sollen Zeit und Ressourcen bekommen, um diese Themen mit den erwähnten Klassen zu behandeln.
4. Prävention im Nachbarschafts- und Freizeitbereich sollte folgende Punkte berücksichtigen:
- Mobilisierung der Wohnbevölkerung für Präventionsanliegen (Ansatz Communities that Care)
 - Aufsuchende bzw. mobile Jugendarbeit
 - Aktivierung der Wohnbevölkerung durch Partizipations- und Quartierentwicklungsprozesse
 - Förderung und Anerkennung der informellen Freiwilligenarbeit (z.B. Sozialzeitausweis)
 - Quartierspezifische Mentoring-Projekte für Jugendliche (z.B. BIG BROTHERS – BIG SISTERS, BBBS)
 - Nur klare und attraktiv umgesetzte Angebote im Freizeitbereich bedeuten Prävention.

Bern, 28. Februar 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Anne Wegmüller, JA!), Hasim Sancar, Natalie Imboden, Stéphanie Penher, Lea Bill, Emine Sariaslan, Urs Frieden, Christine Michel, Karin Gasser, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Zum Thema Gewalt hat der Stadtrat am 1. November 2007 ebenfalls ein Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Aktiv gegen Gewalt vom 15. Februar 2007 erheblich erklärt. In seinem am 11. Dezember 2008 (GRB 1981) zuhanden des Stadtrats verabschiedeten Prüfungsbericht hat der Gemeinderat die gleichzeitige und koordinierte Behandlung der beiden Vorstösse in Aussicht gestellt. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden verweisen das Postulat und die Antwort des Gemeinderats zudem auf die Aktivitäten des Kantons, wo ein ähnliches Konzept im Entstehen ist.

Der Gemeinderat befürwortet grundsätzlich die Erarbeitung des vom Postulat GB/JA! vorgeschlagenen umfassenden Konzepts zur Gewaltprävention in der Stadt Bern. Der nachfolgende Bericht leistet dafür Vorarbeit. Er zeigt vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und Trends bei Gewaltdelikten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Ziele des Gemeinderats in diesem Bereich und schafft konzeptionelle Grundlagen für die Prävention, Konfliktbewältigung und direkte Intervention. Der Prüfungsbericht nennt zudem Handlungsfelder für die vom Postulat angeregte Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe.

Begriffe und Zielsetzung

Gewalt und Delinquenz von und unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind komplexe Phänomene mit verschiedenen Dimensionen und Ansatzpunkten. Ein städtisches Konzept soll einen Überblick geben über die Problemkonstellationen und zeigen, was die Stadt Bern dagegen bereits tut oder künftig plant. Die Möglichkeiten des präventiven öffentlichen Zugriffs auf die mit Gewalt verbundenen Risikofaktoren sind beschränkt. Neben Prävention gehören des-

halb auch Konfliktbewältigung und Repression in ein Konzept gegen Gewalt und Delinquenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Der Begriff der Jugendgewalt ist unscharf und bezeichnet eine Vielzahl von Verhaltensweisen. Dazu gehören verbale Drohungen, Nötigung, Sachbeschädigungen, Handgemenge und Schlägereien unter Jugendlichen sowie Gewalteinwirkung gegen Personen, Raub- und Sexualdelikte. Es fällt auf, dass im Begriff häufig auch auffallende Verhaltensweisen wie Lärm, schlechtes Benehmen, Alkoholkonsum, Auftreten in Gruppen, Littering usw. eingeschlossen sind; keine eigentlichen Gewalthandlungen also, sondern eher altersbedingte „Tabubrüche“, wie sie zu allen Zeiten vorgekommen sind und für Empörung gesorgt haben. Von Jugendkriminalität im engeren Sinne sprechen wir bei Delikten von unter 18-jährigen gemäss Betäubungsmittel-Gesetz (BetmG) oder Strafgesetzbuch (StGB). Für die Zwecke der Gewaltprävention sollte der Fokus allerdings nicht auf Jugendlichen im Rechtssinne (<18) liegen sondern die Altersgruppe 15 - 25 umfassen. Gewalt und Delinquenz werden zudem häufig kollektiv in Kleingruppen oder Gangs ausgeübt und nicht vorwiegend von Einzeltätern.

Ziele eines Konzepts gegen Gewalt und Jugendkriminalität:

- Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehen statistisch merklich zurück.
- Jugendliche und junge Erwachsene werden von Gleichaltrigen und anderen Altersgruppen nicht als bedrohlich wahrgenommen.
- Verhaltensgrenzen und Regeln sind klar kommuniziert und werden konsequent durchgesetzt.
- Delinquenz wird geahndet, begangenes Unrecht muss wieder gut gemacht werden.

Gewalt von Jugendlichen nimmt in den Medien teilweise mehr Raum ein, als ihrer Bedeutung wirklich zukommt. Das Ziel des vorliegenden Konzepts ist es daher auch, das Phänomen sachlich zu behandeln und die Jugend nicht generell in ein schlechtes Licht zu rücken, ohne die bestehenden Probleme zu verharmlosen.

Entwicklungen und Trends

Die offizielle Datenlage gibt kein eindeutiges Bild über die Entwicklung der Delinquenz Jugendlicher als Ganzes. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass insgesamt die Zahl der Verstösse gegen das Strafgesetzbuch einigermaßen konstant geblieben ist. Stark verändert haben sich aber die Art der Delikte und ihre Intensität. Angesichts der Veränderungen von wichtigen Risikofaktoren - namentlich im Bereich der Freizeitgestaltung - wäre eine stabile Situation auch sehr überraschend.

In den letzten 20 Jahren fallen folgende Veränderungen bei den Risikofaktoren ins Gewicht:

- Die Freizeit ist weniger von Erwachsenen kontrollierbar
- Erhöhte Nutzung neuer Medien, Wirkung von Gewaltdarstellungen
- Frühere sexuelle Aktivität
- Ausgehverhalten: spätnachts
- Formen des exzessiven Alkoholkonsums
- Demografische Entwicklung (Zuwanderung, neue Jugend-Subkulturen)
- Cannabis-Konsum (rückläufig seit 2003).

Bei den erwähnten Faktoren spielt die Nutzung von neuen Medien eine besondere Rolle. Deren unbeschränkte Verfügbarkeit und die Darstellung von Gewalt wirken auf gefährdete Kinder und Jugendliche ungünstig. Das Handy tritt dabei teilweise auch als Tatmittel in Erscheinung (Verbreitung von pornografischen und gewalttätigen Inhalten). Ein wenig beachteter

Aspekt ist die Wirkung der Form von Gewaltdarstellungen auf die Art und Intensität des Gewaltverhaltens. Möglicherweise ist Brutalität nicht ausschliesslich Ausdruck von fehlender Empathie und grosser Aggression sondern zu einem guten Teil auch einfach Nachahmung entsprechender Bilderwelten.

Umgekehrt tauchen - trotz einer gewissen Dunkelziffer - fast 99 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht in der Kriminalstatistik auf (2006). Es ist sowohl bei den Schweizerinnen und Schweizern als auch bei den Ausländerinnen und Ausländern eine kleine Minderheit, die durch Gewalt auffällt. Vom Problem der Gewalt ist aber letztlich die grosse Mehrheit der jungen Menschen in der Schweiz auf irgendeine Weise betroffen, die besonnene Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer über die Stigmatisierung ihrer Gruppe sogar doppelt. In einem komplexen System, wie es eine Gesellschaft darstellt, müssen alle Beteiligten ihre Verhaltensstrategien anpassen, wenn eine Minderheit die Regeln ändert.

Lebensphase Jugend

Die Lebensphase Jugend hat sich ausgeweitet und die Übergänge von Schule und Ausbildung in die Arbeitswelt von der Abhängigkeit vom Elternhaus zur Mündigkeit sind weniger normiert und vielfältiger geworden. Jungen Menschen eröffnen sich dadurch viele Möglichkeiten und Chancen, es ist damit aber auch Unsicherheit und die Gefahr der Überforderung verbunden. Die Jugendzeit als Zeit des Übergangs ist von Brüchen und Unterbrüchen gekennzeichnet und kann als ein Spannungsfeld zwischen den Anforderungen der Wissens- und Leistungsgesellschaft und den Anreizen einer Erlebnis- und Konsumgesellschaft verstanden werden. Von zentraler Bedeutung für die Zukunftsaussichten eines jungen Menschen ist deshalb seine Fähigkeit, sich in diesem Spannungsfeld zu bewegen. Dazu gehören der Erwerb von adäquaten Bildungsabschlüssen, aber auch die Aneignung von sozialen und persönlichen Kompetenzen sowie der Aufbau von tragfähigen sozialen Beziehungen. Die mit dem Übergang zum Erwachsenenleben verbundenen Herausforderungen sind besonders gross für Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen in Bezug auf soziale und bildungsmässige Herkunft sowie Sprache und Nationalität. Empfindungen der Schwäche und Mutlosigkeit angesichts unsicherer Perspektiven für Ausbildung und Beruf erhöhen das Risiko für delinquentes Verhalten, welches möglicherweise auch durch den ausgeprägten Individualismus der Erlebnis- und Konsumgesellschaft gefördert wird. Der Blick auf frühere Jahrzehnte und Epochen zeigt allerdings, dass Jugenddelinquenz - in welcher Form auch immer - eine gewisse historische Konstanz aufweist und nicht ausschliesslich gesellschaftlich erklärt werden kann.

Delinquentes Verhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann dementsprechend als auffällige Entwicklungsstörung und Reaktion auf das jeweilige gesellschaftliche Umfeld betrachtet werden. Meistens sind ihre Schwierigkeiten aber nicht so deutlich wahrnehmbar. Die mit der Lebensphase Jugend verbundenen Belastungen verursachen zunehmend auch starke Einschränkungen in der psychischen und körperlichen Befindlichkeit, welche professionelle Hilfe erfordern. Innere Spannung und Aggression richtet sich in vielen Fällen nicht nach aussen sondern nach innen gegen ihre Trägerinnen und Träger selber. Gesundheitsschädigende und selbstquälerische Verhaltensweisen und leider auch immer wieder Selbsttötungen sind ein besonders trauriger Aspekt der Gewalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Gewalt im Lebenslauf

Gewalt ist in den meisten Fällen ein Element in einer biografischen Kontinuität von Problemverhalten. Gewalttätiges Verhalten - meistens von jungen Männern ausgeübt - hat Wurzeln teilweise zurück bis ins frühe Kindesalter. Dieser Gesichtspunkt ist von grosser Bedeutung für

eine nachhaltige Prävention. Die Risikofaktoren für Gewalt und Aggression können in den verschiedenen Altersphasen wie folgt systematisiert werden¹:

Säugling bis Kleinkindalter

Individuum	<ul style="list-style-type: none"> • Ruhelosigkeit, Aufmerksamkeitsschwäche, Impulsivität • Mangelnde Frustrationstoleranz
Familie	<ul style="list-style-type: none"> • Feindliche Wahrnehmungsmuster • Substanzmissbrauch während Schwangerschaft • Geburtskomplikationen • Geringe elterliche emotionale Wärme • Misshandlung, Vernachlässigung • Überforderung, Depression der Mutter • Tiefe sozio-ökonomische Lage

Primarschulalter

Individuum	<ul style="list-style-type: none"> • Ruhelosigkeit, Aufmerksamkeitsschwäche, Impulsivität • Hohe Risikobereitschaft • Mangelnde Frustrationstoleranz • Geringe soziale Kompetenzen
Familie	<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltbefürwortende Einstellungen • Geringe elterliche emotionale Wärme • Mangelnde elterliche Aufsicht • Inkonsistenter und ineffizienter Erziehungsstil • Desinteresse der Eltern an kindlichen Aktivitäten • Elterliche Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung • Streit zwischen den Elternteilen
Schule und Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> • Schulische Probleme und geringe schulische Motivation • Unbeliebtheit bei Gleichaltrigen • Unklare Regeldurchsetzung im Schulhaus • Negatives Schulhausklima

Jugendalter

Individuum	<ul style="list-style-type: none"> • Geringe Selbstkontrolle, hohe Risikobereitschaft • Geringe soziale Kompetenzen • Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen • Alkohol- und Suchtmittelkonsum, Delinquenz
Familie	<ul style="list-style-type: none"> • Inkonsistenter und ineffizienter Erziehungsstil • Elterliches Desinteresse
Schule	<ul style="list-style-type: none"> • Schulischer Misserfolg • Unklare Regeldurchsetzung im Schulhaus • Negatives Schulhausklima • Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche
Gleichaltrige/Lebensstil	<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltbefürwortende Normen unter Freunden • Delinquenz/Gewalt in der Clique • Actionorientierter Lebensstil • Konsum von aggressionsfördernden Medieninhalten
Nachbarschaft/soziales Umfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Benachteiligung • Geringer Zusammenhalt im Quartier

¹ M. Eisner, D. Ribeaud, S. Bittel, Prävention von Jugendgewalt, Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik, Materialien zur Integrationspolitik, Hrsg. Eidg. Ausländerkommission EKA

- Hohe Mobilität (Weg-/Zuzüge)
- Kriminalität/Drogenprobleme im Quartier
- Geringes Engagement für geteilte Anliegen

Für ausländische Jugendliche bestehen, im Unterschied zu ihren schweizerischen Altersgenossen, erhebliche in Abhängigkeit zum Herkunftsland allerdings sehr unterschiedliche Mehrbelastungen. Beispielsweise bei folgenden wichtigen Risikofaktoren:

- Soziale Lage der Familie: Tiefer Status, Erwerbslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit
- Familiäres Umfeld: Mangelnde emotionelle Unterstützung, elterliche Gewalt
- Schule: Geringe elterliche Unterstützung, tiefe Leistungsmotivation
- Nachbarschaft und Freizeit: Sozial belastete Wohnquartiere, actionorientierte Freizeitgestaltung, Gewaltbefürwortende Normen in Peer-Groups
- Kultureller Hintergrund (z.B. Gender-Aspekte, Werte und Normen Gewalt betreffend)

Diese Risikofaktoren bestimmen denn auch mehrheitlich den Hintergrund der Gruppe der sogenannten „jugendlichen Intensivtäter“, welche für die ganze Schweiz auf ungefähr 500 Personen geschätzt wird. Risikofaktoren begünstigen Gewaltverhalten, ziehen es aber nicht zwingend nach sich und erklären es auch nicht ganz. Es wäre daher ein Fehlschluss, Jugendliche oder junge Erwachsene, die unter schwierigen Verhältnissen aufwachsen, einem „präventiven“ Generalverdacht auszusetzen. Gewalt von Jugendlichen kann nicht ausschliesslich als Folge von Armut und Fremdheit und somit als „Macht der Ohnmächtigen“ interpretiert werden, wie es etwa im Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms „Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel“² geschieht. Diese Betrachtungsweise greift zu kurz und übersieht beispielsweise, dass im Umfeld von Sportveranstaltungen (Hooliganismus) oder im Zusammenhang mit politischen Vorstellungen (Schwarzer Block, Skinheads usw.) keineswegs nur sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene gewalttätig agieren. Zudem sehen sich jugendliche Gewalttäter immer selber gern als „Opfer“ von Provokationen, Angriffen oder andern Umständen, auf die sie nicht anders als mit Gewalt reagieren konnten. Diese Form der Selbstwahrnehmung sollte nicht verstärkt werden.

Dreifach gegen Gewalt

In Übereinstimmung mit der Aufstellung der Risikofaktoren und dem Auftrag des Postulats Fraktion GB/JA!, geht es im Folgenden um die Überprüfung der Interventionsmöglichkeiten in den Bereichen Schule/Ausbildung, Familie und Freizeit/Nachbarschaft in Bezug auf Prävention, Konfliktbewältigung und Repression.

Prävention

Wie erwähnt „gibt es kaum Individuen, die im Jugendalter unvermittelt beginnen, sich gewalttätig zu verhalten. Karrieren aggressiven Verhaltens beginnen meist in der Kindheit. Daher ist Prävention sinnvoll, die in frühen Lebensphasen einsetzt und sich am langfristigen Aufbau von Lebenskompetenzen orientiert.“³ Damit wird nicht nur Gewalt im engeren Sinne vorgebeugt sondern Delinquenz generell, insbesondere auch dem Drogenkonsum.

Der überproportional hohe Anteil von jungen Männern mit Migrationshintergrund an Gewaltdelikten verweist auf die erwähnte erhöhte Belastung familiärer, schulischer, nachbarschaftlicher und individueller Risikofaktoren. Die geringe Wirksamkeit von Massnahmen in diesem

² Franz Schulheis/Pasqualina Perrig-Chiello/Stephan Egger (Hrsg.), Kindheit und Jugend in der Schweiz, Weinheim und Basel, 2008

³ Eisner, Ribeaud, Bittel, a.a.O. S. 58.

Bereich zeigt, dass es bisher nicht gelungen ist, Präventionsprogramme an die spezifischen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen dieser Minderheit anzupassen.

Im **Bereich der Familie** könnten Eltern generell durch Elternbildung systematischer in ihren Erziehungskompetenzen gefördert und gestärkt werden. Für Eltern von gefährdeten Jugendlichen braucht es dagegen spezifische - allenfalls obligatorische - Angebote. Dafür fehlen gegenwärtig allerdings kantonale gesetzliche Grundlagen. Erst am Anfang steht die Elternbildung für Eltern mit Migrationshintergrund. Angebotslücken bestehen für sie im Bereich der Geburtsvorbereitung und für Eltern mit Klein- und Schulkindern. Hier bestehen zahlreiche Hindernisse wie Sprache, kultureller Hintergrund, Mangel an Zeit und materiellen Ressourcen. Eine frühe und gezielte Förderung der kognitiven und sozialen Entwicklung von Kindern in benachteiligten Familien hat eine erwiesene präventive Wirkung.

Frühe Förderung der Kinder erleichtert ihre Integration im **Schulbereich** und ist auch ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der Chancengleichheit. Schulerfolg kompensiert herkunftsbedingte Risikofaktoren und ist ein zentraler Faktor für die Stärkung der Jugendlichen und einen erfolgreichen Übergang in die Berufsbildung. Die Schulsozialarbeit entlastet die Schulen zugunsten ihrer pädagogischen Kernaufgaben. Sie ist Anlaufstelle bei Problemen in Schule und Familie und direkt präventiv tätig. Das Schulhausklima, klare Regeln des Miteinanders und Programme zur Förderung sozialer Kompetenzen sind besonders wichtig in Schulen mit zahlreichen Kindern und Jugendlichen mit erhöhten Risikofaktoren. Standardisierte Aufklärung und Information der Oberstufenschülerinnen und -schüler über die schulischen, rechtlichen und medizinischen Konsequenzen von Gewalthandlungen durch Polizei, Jugendrechtspflege und Medizin gehören ebenfalls zur Prävention an den Schulen.

Die Jugendtreffs der offenen Jugendarbeit mit ihren vielfältigen Förderungsangeboten und die offene Arbeit mit Kindern in den Quartieren leisten Prävention in den **Bereichen Nachbarschaft und Freizeit**. Neben dauernden Einrichtungen richten sich temporäre selektive Präventionsmassnahmen für einzelne Zielgruppen (Fan-Arbeit), lokale Brennpunkte (z.B. Bahnhofumfeld, grosse Schanze) und spezifische Themen (Alkoholabgabe und -konsum) immer wieder neu auf wandelnde Problemkonstellationen aus. Universell und langfristig präventiv wirken Massnahmen zur Erhaltung der sozialen Durchmischung in den Quartieren und zur Förderung des Gemeinnsinns (Communities that Care).

Konfliktbewältigung

Prävention stärkt Jugendliche und junge Erwachsene und vermindert die Wirkung von Risikofaktoren auf die Beteiligten. Prävention kann auch dazu beitragen den Umgang mit Konflikten zu erlernen. Dennoch können jederzeit in allen Lebensbereichen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Konflikte eskalieren, ob auf dem Schulhof, zu Hause oder spätnachts auf dem Nachhauseweg von der Disco. Ein Konzept gegen Gewalt muss daher auch aufzeigen, wie in der Stadt Bern akuten Konflikten begegnet wird, sei es durch Aktivitäten für eine rechtzeitige Deeskalation, sei es durch die Milderung der Folgen für die Opfer, beziehungsweise die Übernahme der Verantwortung durch die Täter.

In den **Familien** sind beispielsweise die Adoleszenz der Kinder aber auch Trennungen und Scheidungen schwierige Prozesse, die häufig nicht ohne fremde Hilfe bewältigt werden können. Auch materielle Not, gesundheitliche Probleme, schwierige Erziehungs- und Betreuungsaufgaben oder der Konsum von Alkohol/Drogen ihrer Mitglieder können Familien überfordern. Für Familien gibt es in der Stadt Bern zahlreiche Angebote von Beratungs- und Sozialdiensten, Familienbegleitung, Therapie usw. Als besonders wirksam hat sich die Zusam-

menarbeit verschiedener Institutionen erwiesen beispielsweise zwischen der Polizei und dem Erwachsenen- und Kinderschutz bei Fällen häuslicher Gewalt.

In den **Schulen** treffen Kinder und Jugendliche unterschiedlichster Herkunft aufeinander und auf die Anforderungen des Schulsystems. Belastende Verhältnisse in Familie und Nachbarschaft können die Integration der Schüler erschweren und Verhaltensweisen fördern, die zu Konflikten führen. Disziplin, Leistungsverweigerung, Absentismus, Mobbing, Gewalt unter den Schülern sind Stichworte für Konfliktsituationen, die von Schulen heute bewältigt werden müssen. Dafür sind in den letzten Jahren Programme und Einrichtungen wie beispielsweise die Schulsozialarbeit geschaffen worden, welche bei entsprechenden Vorkommnissen - und unter Einbezug der Lehrpersonen - tätig wird.

Nachbarschaft, Quartiere, Freizeit: Der grösste Teil des Gewaltverhaltens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielt sich am Wochenende in den späten Nachtstunden ab. Dies in der Nähe von Discos und Clubs, in Bahnhofnähe oder auf dem Weg dorthin. Davon sind vor allem die innenstädtischen Quartiere betroffen, wo rund um Bahnhof, grosse Schanze und Schützenmatte eigentliche nächtliche „No-Go-Areas“ mit einer Häufung von Gewalthandlungen entstanden sind. Für die Konfliktbewältigung im öffentlichen Raum ist die Polizei und PINTO, in den Discos und Clubs sind grundsätzlich die Betreiber zuständig. Mit PINTO besteht in Bern eine besonders wirksame Einrichtung zur Früherkennung und Entschärfung von Konfliktsituationen an den Brennpunkten der Stadt. Wohnquartiere sind als Standorte von Freizeiteinrichtungen betroffen und leiden sonst vor allem unter Sprayereien und Vandalismus.

Repression

Vorbeugung und Konfliktbewältigung haben ihre Grenze bei der Anwendung von Gewalt beziehungsweise bei der Äusserung ernsthafter entsprechender Drohungen und Absichten. Evidente Gewalthandlungen gegen Leib und Leben werden unter Massgabe der Verhältnismässigkeit unterdrückt und gehören dementsprechend in den Bereich der Repression durch die polizeilichen Mittel der öffentlichen Hand. Widerhandlungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegen das Betäubungsmittel-Gesetz (BetmG) oder Strafgesetzbuch (StGB) sind Gegenstand der Strafverfolgung, der Beurteilung der Gerichte und des Strafvollzugs. Im besten Fall haben das Rechtssystem und die Abläufe der Justiz - durch Abschreckung - universell präventive Wirkung. Für Jugendliche und junge Erwachsene müsste dafür allerdings die Justiz schneller reagieren. Zudem ist für die Opfer einer Gewalttat die Hemmschwelle für eine Anzeige immer noch zu hoch. Während das Justizwesen durch übergeordnete Instanzen geregelt ist, hat die Stadt Bern in diesem Bereich Einfluss auf die Einsatzdoktrin und Präsenz der Polizei. Repression als „letztes“ Mittel sollte so selten wie möglich zum Zug kommen. Neben der Unterdrückung und Sanktionierung von Straftaten braucht auch der erwähnte Opferschutz mehr Beachtung. Es ist zudem dringend notwendig, dass Jugendliche und junge Erwachsene gut über Rechtsnormen und -folgen informiert sind.

Neue Ansätze – nächste Schritte

Stand der Arbeit beim Kanton

Eine direktionsübergreifende kantonale Arbeitsgruppe „Jugendgewalt“ hat ein Inventar der Angebote im Kanton erstellt und im Auftrag des Regierungsrats im Zusammenhang mit verschiedenen Vorstössen aus dem Grossen Rat einen Bericht gemacht und Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreitet.

Ansätze für die Stadt Bern

Die Stadt Bern verfügt über ein umfassendes Angebot an Aktivitäten und Einrichtungen gegen Gewalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Bereich der Prävention. Nachfolgend sind Anpassungen an aktuelle Entwicklungen und Optimierungsmöglichkeiten vor allem bezüglich Konfliktbewältigung und Repression sowie bei der Zusammenarbeit der mit Gewalt befassten Stellen möglich. Seit Jahren gibt es im Schulbereich eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gewalt, die sich der Prävention von Gewalt in der Schule annimmt. Die Schulen selber haben in der Stadt Bern zahlreiche Gewaltpräventionsprojekte und -konzepte erarbeitet und pflegen eine entsprechende Schulkultur.

Prävention

- Entwicklungsbezogene soziale Präventions-Programme in den Schulen.
- Regelmässige Informations-Veranstaltungen für Schüler der Oberstufe durch Polizei, Medizin, Jugendrechtspflege.
- Massnahmen gegen organisierte Bettelerei, Littering, auffälliges Verhalten und Störung der öffentlichen Ordnung an den Brennpunkten der Stadt.
- Verbesserter Einbezug von Migrantenorganisationen in die Präventionsprojekte.
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene und Alterslimiten spätnachts überprüfen (Lokale, Clubs, Moon-Liner von BERNMOBIL); Einbezug von Clubs, Dancings etc. in das städtische Konzept gegen Gewalt.
- Intensivierung der Kontrolle und weitere Einschränkung der Alkoholabgabe an Jugendliche.
- Gewalt und Sport, Hooliganismus: Fortsetzung der Fan-Arbeit in Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Stadionbetreibern und Polizei.

Konfliktbewältigung

- Programme der Konfliktbewältigung in Zusammenarbeit mit Clubs, Discos.
- Mehr Präsenz von Polizei und PINTO an Wochenenden, in den frühen Morgenstunden und an Brennpunkten.
- Intensive Opferbetreuung, Hemmschwelle für Anzeigen senken.
- Gewahrsam und Ausnüchterung von alkoholisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
- „Eltern in Pflicht nehmen“- Rückführmassnahmen für alkoholisierte Jugendliche in die Familie.
 - Sofortiger Einbezug der Eltern bei Gewaltverhalten von Jugendlichen.
 - Gewaltvereinbarungen mit Familien: Beispielsweise Verpflichtung zur Nutzung bestehender Angebote für Therapie, Familienbegleitung usw.

Repression

- Sicherstellen von Waffen und missbräuchlich verwendeten Handys (Gewalt, Porno) als Tatmittel in Schulen und im öffentlichen Raum.
- Schnelle Reaktion der Polizei bei der Meldung von Gewaltvorfällen auch an Wochenenden und in den frühen Morgenstunden.
- Schnellere Reaktion der Justiz: Sanktionierung und Wiedergutmachung von Delikten müssen in engerem Zusammenhang mit der Tat erfolgen.
- Hemmschwelle für Anzeigen senken, Opfer schützen.

Einsatz einer Arbeitsgruppe

Der Gemeinderat befürwortet die Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, welche auf der Grundlage des vorliegenden Prüfungsberichtes ein Konzept mit Massnahmen gegen

Gewalt erarbeitet und dessen Umsetzung begleitet. Die Arbeitsgruppe soll mit Fachpersonen aus den Bereichen Schule/Ausbildung, Familie, Freizeit, Integration, Sport und öffentliche Sicherheit zusammengesetzt werden, wobei den Aspekten Prävention, Konfliktbewältigung und Repression ausgewogen Rechnung getragen werden soll. Der 2009 als beratendes Gremium für den Gemeinderat eingesetzte Jugendrat ist in geeigneter Form in die Konzepterarbeitung einzubeziehen. Der Gemeinderat beauftragt die Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit der Bildung der Arbeitsgruppe und erwartet bis Ende 2010 einen ersten Zwischenbericht zum Stand der Konzepterarbeitung und Umsetzung.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die mit dem Einsatz der Arbeitsgruppe gegen Gewalt und der Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts verbundenen Massnahmen werden mit bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen geleistet. Die Kosten für die Umsetzung von Massnahmen, die sich für die Arbeitsgruppe aus dem Konzept ergeben, können heute noch nicht beziffert werden. Die dafür nötigen Mittel werden zum gegebenen Zeitpunkt beantragt.

Bern, 27. Januar 2010

Der Gemeinderat